

Die Schweiz und die EU während Corona: Eine Zusammenstellung der koordinierten Massnahmen

Fabian Schmid & Thomas Cottier, Vereinigung *La Suisse en Europe*

Einleitung

Die Pandemie führte überall in Europa zu einer Rückbesinnung auf den nationalen Kontext. Das ist einerseits verständlich, da die eigentlichen Herausforderungen von der Krankenpflege bis zur Durchsetzung von *physical distancing* lokale und nationale Angelegenheiten sind. Die Grenzen wurden geschlossen. Die Europäische Union trat in den Hintergrund, nahm aber wichtige Funktionen in Fragen des Binnenmarktes und der Finanzierung von Wegen aus der Krise wahr. Sie wird gestärkt aus der Krise hervortreten, da erste Schritte in Richtung der Fiskalunion eingeleitet sind und die einseitige Belastung der EZB ausgeglichen werden kann. Die aufgelegten Investitions- und Hilfsprogramme zugunsten der stark betroffenen Mitgliedstaaten sind eindrücklich. Die Schweiz beteiligt sich daran als Nichtmitgliedstaat nicht, obwohl sie ein eminentes Interesse an europäischer Stabilität hat. Sie bewegt sich derzeit unter dem Eindruck der Krise politisch mit zahlreichen Forderungen nach einer Renationalisierung der Wirtschaft in eine gegenläufige Richtung. In der öffentlichen Wahrnehmung vergrössert sich die Kluft. In der Realität und der praktischen Bewältigung der Pandemie hat sich aber auf dem Terrain auf pragmatische Art und Weise die Zusammenarbeit verstärkt. Diese Erfahrung gilt es festzuhalten und zu fragen, welche Lehren für die Beziehungen Schweiz-EU daraus gezogen werden können.

Es folgt eine Zusammenstellung der gemeinsam abgesprochenen Massnahmen und gegenseitigen Unterstützungen in verschiedenen Bereichen. Sie zeichnen das Bild einer Schweiz, die im Rahmen grenzüberschreitender Solidarität und Kooperation zu beidseitigem Vorteil eng in Dispositive der EU eingebunden wurde. Dadurch offenbart sich, wie sinnlos eine blockierende Haltung in der Schweizer EU-Politik nach dem Ende dieser Krise wäre. Gute Beziehungen zur EU sind nicht nur in Krisenzeiten zum Vorteil der Schweiz.

Die Mitarbeit in pandemiebezogenen Gremien

Die Schweiz wurde sehr früh in Koordinationsbemühungen auf Ebene der EU integriert. Ab der ersten gemeinsamen Videokonferenz zur Corona-Krise der EU-Innen- und GesundheitsministerInnen war auch die Schweiz beteiligt.¹ Die zuständigen BundesrätInnen oder ihre ChefbeamtenInnen waren bei informellen Videokonferenzen der Gesundheits- und InnenministerInnen zugeschaltet. Zudem erhielt die Schweiz Zugang zum Ausschuss für Gesundheitssicherheit, der die nationalen Massnahmen im Kampf gegen das Coronavirus koordiniert und gemäss Tages-Anzeiger war der Schweizer Botschafter in Brüssel ab April dabei, wenn der sogenannte Krisenreaktionsmechanismus des Rates auf der Ebene des mächtigen Ausschusses der ständigen Vertreter (AstV) tagte.²

Auch im Bereich Forschung und Innovation einigten sich die zuständigen MinisterInnen der EU-Länder auf einen Corona-Aktionsplan, den sogenannten *ERAvsCorona Action Plan*. Die Schweiz, seit 2004 assoziiertes Mitglied an den europäischen Programmen für Forschung und Innovation und Mitglied verschiedener internationaler Forschungsinfrastrukturen, trug die Massnahmen im Rahmen ihrer Beteiligung im Europäischen Forschungsraum mit. An einer ersten Videokonferenz der MinisterInnen beteiligte sich die Direktorin des Schweizer Staatssekretariats für Bildung, Forschung und Innovation, Martina Hirayama. Zum beschlossenen Aktionsplan gehörten u.a. die Einsetzung einer Task Force im Bereich Forschung und Innovation und der verstärkte gegenseitige Austausch von

¹ <https://www.htr.ch/story/eu-innen-und-gesundheitsminister-per-videokonferenz-in-kontakt-27032.html>

² <https://www.tagesanzeiger.ch/die-schweiz-ist-jetzt-teil-der-familie-771011301797>

wissenschaftlichen Daten und Forschungsergebnissen, zu dem auch Schweizer Institutionen beigetragen haben.³

Der Informationsaustausch von Gesundheitsdaten

Die EU-Kommission erhielt am 29.1.2020 eine offizielle Anfrage der Schweizer Behörden, um temporär Zugang zum *Early Warning and Response System* (EWRS) der EU zu erhalten. Aufgrund dieser Anfrage gewährte die Kommission der Schweiz «für die Dauer der Krise» Zugang zum EWRS.⁴ Das EWRS ist eine netzbasierte Plattform, über welche die Europäische Kommission, das Europäische Zentrum für die Prävention und die Kontrolle von Krankheiten (ECDC) und die Gesundheitsämter der EU-Mitgliedstaaten Gesundheitsdaten austauschen und Massnahmen koordinieren.⁵

Der Entwurf eines Gesundheitsabkommens, welches unter anderem den dauerhaften Zugang der Schweiz zum ECDC in Stockholm regeln soll, ist wegen der stockenden Verhandlungen zwischen der Schweiz und der EU beim Rahmenabkommen seit mehreren Jahren blockiert.⁶ An einem Abschluss dieses Gesundheitsabkommens ist nicht zuletzt das Bundesamt für Gesundheit BAG sehr interessiert, damit die Schweiz bei einer nächsten Krise nicht wieder als Bittstellerin anknöpfen müsste, sondern automatisch eingebunden wäre.⁷

Nationale Exportrestriktionen und die Reaktionen der Europäischen Kommission

Nach Ausbruch der COVID-19-Pandemie ordnete die französische Regierung am 3. März 2020 die Beschlagnahmung aller Schutzmasken an und einen Tag später verhängte die deutsche Bundesregierung ein Ausfuhrverbot für medizinische Schutzausrüstungen wie Schutzbrillen, Atemschutzmasken, Schutzkittel, Schutzanzüge und Handschuhe. Von diesen Entscheidungen wurde die Schweiz hart getroffen, da sie selber kaum medizinisches Verbrauchsmaterial produziert.⁸

Diese nationalen Entscheidungen setzte die EU-Kommission mit der Durchführungsverordnung 2020/402 vom 14. März 2020 ausser Kraft. Fortan waren Lieferungen innerhalb der EU freizugeben; im Gegenzug zog die EU jedoch an ihrer Aussengrenze Exportbeschränkungen hoch und machte Exporte in Drittstaaten von Ausfuhrgenehmigungen abhängig. Dies war ein zur Wiederherstellung des Binnenmarktes nachvollziehbarer Schritt.

Nur wenige Tage später wurde dieses Dispositiv nach intensiven Kontakten zwischen Bundesrat und EU-Kommission auf die Schweiz (und die anderen EFTA-Staaten) ausgeweitet. Die EU begründete diesen Schritt, zu dem sie keine vertragliche Verpflichtung hatte, mit der «integrated nature of the production value chains [...] beyond the boundaries of the European Union, especially in the four Member States of the European Free Trade Association.»⁹ Die Schweiz reagierte mit der Einführung einer eigenen Ausfuhrgenehmigungspflicht, wobei sie dieselben Länder wie die EU (namentlich sämtliche EU- und EFTA-Staaten) freistellte (Artikel 10d der COVID-19-Verordnung 2, Änderung vom 25. März 2020).¹⁰ Einzelne EU-Staaten, darunter Frankreich und Deutschland, hielten sich anfänglich nicht an die neue Gleichbehandlungspflicht und blockierten weiterhin die Ausfuhr von

³ <https://www.bzbasel.ch/schweiz/neuer-corona-aktionsplan-soll-austausch-von-daten-und-forschungsergebnissen-in-europa-staerken-137620484> <https://www.admin.ch/gov/de/start/dokumentation/medienmitteilungen.msg-id-78727.html>

⁴ <https://www.srf.ch/news/schweiz/corona-virus-nach-antrag-schweiz-erhaelt-zugang-zu-viren-warnsystem-der-eu>

⁵ <https://www.ecdc.europa.eu/en/early-warning-and-response-system-ewrs>

⁶ 2008 wurden die Verhandlungen zu einem «Abkommen über Landwirtschaft, Lebensmittelsicherheit, Produktsicherheit und öffentliche Gesundheit» aufgenommen. Gemäss dem Bundesrat hängen die vier Verhandlungsgegenstände inhaltlich miteinander zusammen, weswegen er ein gemeinsames Verhandlungsmandat erlassen hat, siehe: https://www.eda.admin.ch/dam/dea/de/documents/fs/03-FS-FHALGesA_de.pdf

⁷ <https://www.tagesanzeiger.ch/die-schweiz-ist-jetzt-teil-der-familie-771011301797>

⁸ <https://nzzas.nzz.ch/schweiz/offener-streit-mit-deutschland-um-masken-ld.1545115>

⁹ <https://trade.ec.europa.eu/doclib/press/index.cfm?id=2123>

¹⁰ <https://www.efta-studies.org/eu-corona-emergency-law> und

<https://www.admin.ch/gov/de/start/dokumentation/medienmitteilungen.msg-id-78576.html>

Schutzmaterial.¹¹ Eine Klageandrohung von Seiten des EuGHs und ein paar Telefonate aus der Schweiz später war der freie Warenverkehr bei den medizinischen Gütern jedoch gewährleistet.

Im Zuge derselben pragmatischen Flexibilität hat die EU-Kommission am 25. März 2020 beantragt, die vollständige Anwendbarkeit einer revidierten Medizinalprodukteverordnung um ein Jahr zu verschieben; sie hätte ursprünglich ab dem 26. Mai 2020 gelten sollen.¹² Schweizer Hersteller geniessen durch das bilaterale Abkommen über technische Handelshemmnisse bisher unbürokratischen Zugang zum EU-Binnenmarkt, was Aufwand, Kosten und Zeit spart. Um diesen Zugang nach Einführung der revidierten Verordnung nicht zu verlieren, müssen die Schweiz und die EU sich auf eine Aktualisierung des Abkommens einigen. Die EU hat diese Aktualisierung unlängst von einer Antwort des Bundesrates zum Rahmenabkommen bis zum 26. Mai abhängig gemacht. Nun verzichtete die EU auf dieses gewichtige Druckmittel mit Blick auf eine rasche Unterzeichnung des Rahmenabkommens. Für die Schweizer Medtech-Branche bedeutet die Entscheidung, dass sie vorerst nicht den Zugang zum europäischen Binnenmarkt verliert. Ausserdem können medizinische Schutzmaterialien ein weiteres Jahr bewilligungsfrei zwischen der Schweiz und der EU gehandelt werden.¹³ Das EU-Parlament stimmte dieser Verschiebung am 17. April 2020 ebenfalls zu.¹⁴

Repatriierungen von TouristInnen aus dem Ausland

Auch das Departement für auswärtige Angelegenheiten EDA koordinierte sich mit seinen europäischen Pendanten. In der «grösste[n] Rückholaktion in der Geschichte des Eidgenössischen Departements für auswärtige Angelegenheiten» wurden knapp 7000 im Ausland blockierte Personen zurück gebracht. Neben knapp 4000 Schweizer Staatsangehörigen wurden dabei fast 3000 ausländische Passagiere transportiert, zwei Drittel davon ohne Wohnsitz in der Schweiz. Mehr als 1500 Schweizer BürgerInnen wurden gleichzeitig durch Repatriierungsflüge anderer Staaten heimgeholt.¹⁵

Über eine Informationsplattform der EU haben sich in der Hochphase ExpertInnen der Mitgliedsstaaten jeden Tag zu geplanten Flügen und freien Plätzen ausgetauscht. Dabei wurden gemeinsam Hotspots identifiziert. Auch ein Vertreter der Schweiz kommunizierte täglich geplante Schweizer Rückholaktionen und bekam umgekehrt Plätze angeboten auf Flügen von EU-Staaten. Durch das gegenseitige Angebot von Plätzen auf den Sonderflügen konnte gemäss Krisenmanagementzentrum des EDA die Kapazität bei Flügen besser ausgenutzt werden. Wenn es um kompliziertere Fälle ging, half gemäss Tages-Anzeiger das grössere politische Gewicht der EU: Es mache einen Unterschied, ob der EU-Chefdiplomat Josep Borrell oder der Schweizer Aussenminister Ignazio Cassis bei einem Amtskollegen Druck mache, Flughäfen zu öffnen oder blockierte TouristInnen zu den Flughäfen reisen zu lassen, damit sie abgeholt werden können.¹⁶

¹¹ <https://www.luzernerzeitung.ch/international/trotz-weisung-aus-bruessel-frankreich-und-deutschland-blockieren-weiter-schutzmasken-fuer-die-schweiz-ld.1207194>

¹² <https://www.tagesanzeiger.ch/galgenfrist-fuer-schweizer-medtech-branche-verlaengert-998309411038>

¹³ <https://www.economiesuisse.ch/de/artikel/schweizer-medtech-unternehmen-bleiben-im-eu-binnenmarkt-vorerst>

¹⁴ <https://www.swissinfo.ch/ger/ein-jahr-verschnaufpause-fuer-schweizer-medtech-branche/45697164>

¹⁵ <https://www.admin.ch/gov/de/start/dokumentation/medienmitteilungen.msg-id-78895.html>

¹⁶ <https://www.tagesanzeiger.ch/die-schweiz-ist-jetzt-teil-der-familie-771011301797>

Die Aufnahme von PatientInnen aus dem Ausland

«On a beaucoup parlé des frontières qui se fermaient avec l'arrivée du coronavirus. Cette solidarité est un contre-exemple fantastique» - Brigitte Klinkert¹⁷

Am 20. März fragte die Präsidentin des französischen Départements Haut-Rhin, Brigitte Klinkert, das deutsche Bundesland Baden-Württemberg sowie die Kantone Basel-Stadt, Baselland und Jura, ob diese bereit wären, Covid-19-PatientInnen in ihren Intensivpflegestationen aufzunehmen, weil die Elsässer Spitäler schon seit Wochen am Anschlag waren. Nur Stunden später bejahten alle drei Kantone und einige Tage später trafen die ersten sechs PatientInnen per Helikopter und Krankenwagen in Schweizer Spitalern ein. Klinkert begründete die spontane, effiziente und unbürokratische Kooperation mit den seit jeher freundschaftlichen Beziehungen und einer transnationalen Solidarität.¹⁸ Danach schalteten sich die französische Botschaft in Bern sowie die Konsulate in Zürich und Genf bei den Gesundheitsdepartementen fast aller Regionen der Schweiz ein und diese nahmen noch mehr PatientInnen auf.¹⁹ Insgesamt wurden knapp 50 PatientInnen aus Frankreich in über zehn Kantonen aufgenommen.²⁰

Während beim Bund gemäss eigenen Angaben keine Gesuche um PatientInnenaufnahme aus Italien eingingen, erfolgte im April eine erste Hilfsgüterlieferung an den südlichen Nachbarn. 10'000 Schutzanzüge im Wert von 100'000 Franken wurden dem italienischen Zivilschutz am 9. April übergeben. Gemäss Angaben des Bundes wurden weitere Hilfsleistungen umgesetzt (Griechenland) oder geplant (zweite Lieferung für Italien).²¹

Die mit der Aufnahme von PatientInnen einsetzende Solidarität zwischen den europäischen Nachbarn hatte auch eine wichtige geostrategische Signalwirkung. Wie Tobias Gafafer in einem Kommentar in der NZZ richtig schrieb, hatten die europäischen Staaten das Feld China und anderen autoritären Regimen zu lange überlassen. Peking nutzte die Schockstarre geschickt, um sich als Helfer in Szene zu setzen und die eigenen Fehler in der Corona-Krise zu kaschieren. Dass die Schweiz französische PatientInnen aufgenommen hat, ist jedoch nicht nur ein Akt der europäischen Solidarität, sondern auch im eigenen Interesse: Schweizer Spitäler sind auf zahlreiche GrenzgängerInnen aus Frankreich und weiteren Ländern angewiesen. Fast zwei Drittel der PflegerInnen im Genfer Universitätsspital stammen aus dem grenznahen Frankreich, in Tessiner Spitalern arbeiten über 2000 Pflegepersonen aus Italien, die jeden Tag die Grenze passieren und in Basel sind ein Fünftel des Personals des Universitätsspitals GrenzgängerInnen.²² Das schweizerische Gesundheitssystem würde in den Grenzregionen ohne deren Beitrag funktionsunfähig. Es basiert voll und ganz auf dem freien Personenverkehr.

Die Grenzregime

Am 11. März 2020 schloss der Kanton Tessin neun Grenzposten zu Italien. Der Bundesrat stufte die Situation am 16. März als «ausserordentliche Lage» gemäss Epidemien-gesetz ein. Nach Italien,

¹⁷ https://www.swissinfo.ch/fre/politique/patients-fran%C3%A7ais-du-covid-19-en-suisse_brigitte-klinkert---face-au-drame-que-vit-l-alsace--la-solidarit%C3%A9-de-la-suisse-me-touche-%C3%A9norm%C3%A9ment-/45659582

¹⁸ https://www.swissinfo.ch/fre/politique/patients-fran%C3%A7ais-du-covid-19-en-suisse_brigitte-klinkert---face-au-drame-que-vit-l-alsace--la-solidarit%C3%A9-de-la-suisse-me-touche-%C3%A9norm%C3%A9ment-/45659582

¹⁹ Die rechtliche Grundlage von PatientInnentransfers ist der erst im Dezember 2019 in Kraft getretene Vertrag zwischen Frankreich und der Schweiz zur «grenzüberschreitenden Gesundheitskooperation». Die entstehenden Kosten für Behandlung und Transport von Notfallpatienten müssen demgemäss vom Herkunftsstaat getragen werden. Die Nordwestschweizer Kantone und der Bund gaben an, dass man die finanziellen Aspekte erst nach der Entspannung der Krise aufgreifen werde. <https://www.nzz.ch/schweiz/coronavirus-so-kam-frankreich-zu-den-schweizer-spitalplaetzen-ld.1549263>

²⁰ https://www.swissinfo.ch/fre/societe/crise-du-coronavirus_un-rescap%C3%A9-fran%C3%A7ais-du-covid-19-soign%C3%A9-en-suisse-t%C3%A9moigne/45727246

²¹ <https://www.admin.ch/gov/de/start/dokumentation/medienmitteilungen.msg-id-78770.html>

²² <https://www.nzz.ch/meinung/corona-pandemie-die-solidaritaet-mit-europaeischen-nachbarstaaten-ist-auch-im-schweizer-interesse-ld.1549438> und https://www.swissinfo.ch/ger/coronavirus-pandemie_gute-franzoesisch-schweizerische-beziehungen-retten-leben/45662100 und <https://www.volksstimme.ch/2020/03/ksbl-bucht-betten-f%C3%BCr-grenz%C3%A4nger.html>

Deutschland, Frankreich und Österreich führte an diesem Tag auch die Schweiz wieder Grenzkontrollen und Einreisebeschränkungen zu ihren Nachbarstaaten ein (ausgenommen Fürstentum Liechtenstein). Fortan war die Einreise aus den Nachbarländern nur noch Schweizer BürgerInnen, Personen mit einem Aufenthaltstitel in der Schweiz sowie Personen, die aus beruflichen Gründen in die Schweiz reisen mussten (vornehmlich GrenzgängerInnen), erlaubt. Insgesamt wurden rund 130 Grenzübergänge geschlossen.²³ Einige Tage später wurde dieses Dispositiv auf sämtliche Schengen-Staaten sowie alle Nicht-Schengen-Staaten ausgedehnt.²⁴

Reisebeschränkungen mögen zwar ein wirksames Mittel sein, um die Ausbreitung des Virus anfänglich zu verzögern, doch verlieren sie mit der Zeit an Wirksamkeit. So rät u.a. die WHO von Reisebeschränkungen ab, da ihr zufolge die wirtschaftlichen und sozialen Auswirkungen der Beschränkungen die Vorteile überwiegen.²⁵ GrenzgängerInnen wurden verpflichtet, vorgeschriebene Übergänge zu benutzen, was mit erheblich längeren Arbeitswegen und langen Wartezeiten verbunden war. Der Warenverkehr wurde eingehenden Kontrollen unterzogen und konnte nur verlangsamt durchgeführt werden. Als hochintegrierte Wirtschaft im Herzen Europas profitiert die Schweiz besonders vom Binnenmarkt. Eine Studie aus dem Jahr 2017 schätzt, dass die Wiedereinführung von Grenzkontrollen innerhalb des Schengen-Raums die Schweiz jährlich zwischen 4,7 und 10,7 Milliarden CHF kosten könnte. Der Thinktank foraus schätzte im Mai, dass die Reiseverbote während der Corona-Pandemie noch grössere Auswirkungen haben könnten.²⁶ Der Flugverkehr kam praktisch zum Erliegen, und damit auch der Luftfrachtverkehr. Die Schliessung von Grenzübergängen und das Errichten von Grenzzäunen evozierten schmerzhaft Bilder des Zweiten Weltkriegs. Selbst Familien wurden getrennt. Bus- und Bahnlinien wurden eingestellt und das Leben in den Grenzregionen erschwert. Vereinzelt tauchten vergessen geglaubte Animositäten an Grenzen wieder auf.

Mit der Beruhigung der epidemiologischen Lage beschloss der Bundesrat am 29. April, die Corona-bedingten Einreisebeschränkungen parallel zu den wirtschaftlichen Öffnungsetappen schrittweise zu lockern. Erste Lockerungen traten am 11. Mai in Kraft. Nachdem daraufhin zuerst eine Grenzöffnung zu Deutschland, Österreich und Frankreich in Aussicht gestellt wurde, beschloss der Bundesrat die vollständige Öffnung der Landesgrenzen für EU- und Efta-BürgerInnen am 15. Juni.²⁷

Fazit

Die politische Stimmung der Abschottung und Renationalisierung steht im Gegensatz zu den Erfahrungen auf dem Terrain während der Krise. In vielen Bereichen wurde zusammengearbeitet; mehr noch, die Zusammenarbeit war nötig und nützlich in der Bewältigung konkreter Probleme und Herausforderungen. Die Pandemie kennt keine nationalen Grenzen, und mit Blick auf die Gefahr weiterer Wellen von COVID-19 muss dies in der Gestaltung künftiger Politiken vermehrt Eingang ins Bewusstsein der Öffentlichkeit finden. Abseits der tagespolitischen Herausforderungen bleibt zu hoffen, dass die Corona-Krise festgefahrene Überzeugungen über *mental borders* zwischen der Schweiz und dem restlichen Europa aufweichen konnte. Im Mai 2020 haben der französische und der

²³ <https://www.admin.ch/gov/de/start/dokumentation/medienmitteilungen.msg-id-78452.html>

²⁴ <https://www.admin.ch/gov/de/start/dokumentation/medienmitteilungen.msg-id-78481.html> und <https://www.admin.ch/gov/de/start/dokumentation/medienmitteilungen.msg-id-78563.html>

²⁵ Ana LP Mateus, Harmony E Otete, Charles R Beck, Gayle P Dolanc & Jonathan S Nguyen-Van-Tam, Effectiveness of travel restrictions in the rapid containment of human influenza: a systematic review, Bulletin World Health Organization 2014; 92: 868–880; <https://www.who.int/bulletin/volumes/92/12/14-135590.pdf>

²⁶ Calsina, M., Cantalou, J., Detreköy, N., Fegert, M., Hupfer, L. and Rivière, C. (2020). Schengen back on the road: Reopening Schengen's internal borders in times of COVID-19. Policy Brief. Zürich: foraus – Forum Aussenpolitik, S. 25.

²⁷ <https://www.admin.ch/gov/de/start/dokumentation/medienmitteilungen.msg-id-79104.html> und <https://www.admin.ch/gov/de/start/dokumentation/medienmitteilungen.msg-id-79365.html>

deutsche Botschafter in der Schweiz in einem gemeinsamen Gastkommentar in Schweizer Zeitungen unsere europäische Realität auf den Punkt gebracht:

«Bis vor kurzem orientierten sich die Beziehungen zwischen der Schweiz und der EU an dem EWR-Nein von 1992 und seinen Folgen. Doch dieser Graben schwindet. In der aktuellen Krise gab es jedenfalls in unseren Köpfen von einem Tag auf den anderen plötzlich keinen Unterschied mehr zwischen der Schweiz und den EU-Mitgliedsstaaten: Wir sind eine Schicksalsgemeinschaft, das wurde uns deutlich bewusst.»²⁸

Die Krise bestätigt einmal mehr, dass die Schweiz mit der EU dicht vernetzt ist – kulturell, politisch, wirtschaftlich. Gerade die Grenzregionen leben vom gemeinsamen Austausch und Handel. Zu normalen Zeiten besteht jeden Tag ein Handelsvolumen von 1 Mia. CHF zwischen der Schweiz und den EU-Mitgliedsstaaten. Das jährliche Handelsvolumen der Schweiz mit China wird schon nur durch jenes mit Baden-Württemberg übertroffen. Die Schweizer Volkswirtschaft ist auf Marktzugang zur Union und auf qualifizierte Arbeitskräfte angewiesen, die wie z.B. im Gesundheitswesen nicht einfach durch einheimische Arbeitslose ersetzt werden können. Corona hat gezeigt, dass das Freizügigkeitsabkommen von zentraler Bedeutung ist für die Schweiz und ihre Nachbarn.

Die EU kam der Schweiz während der Hochphase der Corona-Krise in vielen Bereichen entgegen, etwa bei der Aufnahme in Gremien und Diskussionsrunden oder der Hilfestellung beim Aufheben von Exportrestriktionen. Trotzdem gilt nach wie vor, dass die Schweiz in zu vielen Bereichen ad hoc um temporären Zutritt und Mitbestimmung bitten muss. Zur Verbesserung dieser Situation und für den Abschluss von wichtigen neuen Abkommen, etwa einem Stromabkommen, führt nichts an der Grundsatzentscheidung vorbei, das durch die Krise aufgeschobene institutionelle Rahmenabkommen mit der EU abzuschliessen.

Alle Hyperlinks zuletzt geöffnet am: 15.6.2020

²⁸ <https://www.tagesanzeiger.ch/deutschland-frankreich-europa-und-die-schweiz-sind-eine-schicksalsgemeinschaft-964077436955>